

# Stadt Emden

## Mitteilungsvorlage Antrag

öffentlich

---

**Dienststelle:**

FD Wohnen

**Datum:**

03.02.2006

**Vorlagen-Nr.:**

14/2037-00

**Beratungsfolge:**

Ausschuss für Gesundheit und Soziales

**Sitzungstermin:**

22.02.2006

---

**Betreff:**

Aktuelle Situation im Wohnheim „Larrelter Batterie“;  
- Anfrage der FDP-Fraktion vom 23.11.2005

**Inhalt der Mitteilung:**

Auf den der Vorlage 14/2037-00 als Anlage beigefügten Antrag der FDP-Fraktion wird verwiesen.

1. bekannt gegeben am:

TOP:

Paraffe der Protokollführung

## Stellungnahme der Verwaltung:

In dem vorgenannten Objekt sind Flüchtlinge aus Osteuropa, Afrika und Afghanistan untergebracht. Um geschlossene Kulturkreise zu haben, erfolgte eine Unterbringung der Osteuropäer und des Flüchtlings aus Afghanistan im Erdgeschoss. Die Flüchtlinge aus Afrika sind komplett im 1. Obergeschoss untergebracht. Die Zimmerverteilung erfolgte auf Drängen des Fachdienstes, obwohl keine Probleme unter den verschiedenen Nationalitäten vorhanden waren und sind, um eigene Tages- und Nachtstrukturen, entsprechend den Herkunftsländern zu ermöglichen.

Eine im Januar 2006 durchgeführte Hygienebegehung des Fachdienstes Gesundheit im Objekt ergab keine besonderen Bedenken zur Weiterführung der Einrichtung.

Alle derzeitigen Bewohner sind rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber, für die eine Ausreisepflichtung aufgrund eines Urteiles bzw. Bescheides besteht, die älteste Ablehnung resultiert aus dem Jahre 1997 und die übrigen aus den Jahren 2000 ff.

Momentan sind 32 Flüchtlinge der Einrichtung zur Unterbringung zugewiesen. Tatsächlich hielten sich in den letzten Monaten dort zwischen 20 und 25 Personen regelmäßig auf. Die nicht anwesenden Flüchtlinge befinden sich u.a. illegal in Hamburg oder in anderen Städten, sind inhaftiert oder sind im Ausland und werden nach Emden zurückgeführt.

Die Firma K. u. S. erhält nach dem bestehenden Vertrag für 40 Flüchtlinge eine Pauschalvergütung.

Das Mitte letzten Jahres geplante Wohngruppenprojekt ist aufgrund der vorgenannten geringen Auslastung der Gemeinschaftsunterkunft aus Kostengründen nicht in Angriff genommen worden.

Die Ausländerbehörde versucht, durch Botschaftsvorführungen, Hinweise auf IOM-Rückführungsangebote etc., die Flüchtlinge zur Heimreise zu bewegen.